

Zukunft auf die Gegenwart“ findet so zu einem konkreten und greifbaren Ende – das gar nicht mehr so spekulativ sein muss, wie der Titel vermuten ließ.

Alexander Godulla, Leipzig



Alma Kolleck: Politische Diskurse online. Einflussfaktoren auf die Qualität der kollektiven Meinungsbildung in internetgestützten Beteiligungsverfahren (=Schriftenreihe Politische Kommunikation und demokratische Öffentlichkeit, Band 14). Baden-Baden: Nomos 2017, 311 Seiten, 64,00 Euro.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Frage politischer Deliberation in Online-Öffentlichkeiten hat nach wie vor Hochkonjunktur. Fast möchte man sagen, es gebe mittlerweile ebenso viele Versuche, die demokratietheoretischen Ideale – meist Habermasscher Prägung – theoretisch zu fundieren oder empirisch zu überprüfen, wie Sand am Meer. Geradezu erfrischend wirkt in dieser teils unübersichtlichen Wüste die politikwissenschaftliche Dissertationsschrift von Alma Kolleck, die den Einfluss mehrdimensionaler Faktoren auf die Qualität des Diskurses in top-down initiierten und onlinebasierten Partizipationsverfahren misst. Das liegt vor allem daran, dass die Autorin die fachliche Debatte in dreierlei Hinsicht gewinnbringend ergänzt:

- ▶ Zunächst einmal wählt Kolleck ganz bewusst ein „schlankes Konzept“ von Deliberation in Anlehnung an Peters (1994), was das hoch normative Konstrukt empirisch greifbar macht und es gleichermaßen vor „einer Bedeutungslosigkeit durch Überfrachtung“ (S. 32) bewahrt.
- ▶ Ihr Verständnis von deliberativer Kommunikation als Indikator für die Qualität des Diskurses selbst operationalisiert sie entlang eines triangulativen Forschungsdesigns, das drei Analyseebenen miteinander verbindet: die der Diskussionen, der Teilnehmer_innen und der Verfahren selbst. Das spricht nicht nur für die methodische Innovationskraft der Arbeit, sondern erhöht auch die Belastbarkeit der Ergebnisse.
- ▶ Besonderes Augenmerk legt die Autorin zudem auf die Transferleistung ihrer Studie, weshalb die Diskussion der Erkenntnisse abschließend in lebensnahe Handlungsempfehlungen für die Politik mündet.

Die hohe Anschlussfähigkeit der Arbeit an die Praxis speist sich allerdings nicht allein aus den sinnvoll gebündelten Hinweisen an die politischen Gestalter. Sie basiert vor allem auf der klar strukturierten Vorgehensweise, die den Leser_innen zunächst eine Operationalisierung von Diskussionsqualität vorstellt, welche auf zwei Indizes beruht. Diese werden zum einen inhaltlich entlang der informativen und argumentativen Dichte und Güte der abgegebenen Bürgerkommentare gebildet und zum anderen formal unter Betrachtung eines respektvollen bzw. missachtenden Umgangs. Zwar verweist Kolleck immer wieder auf die Entscheidung, die Diskursqualität als abhängige Variable bewusst schlicht zu denken – nachvollziehbar, aber nicht ohne Konsequenzen für ihre Funktionalität. Im Unterschied zu Ansätzen der Argumentationstheorie, die stärker zwischen Meinung und thesenhaften Argumenten sowie zusätzlich nach Art der Begründung (eigene Erfahrung, wissenschaftliche Evidenz) unterscheiden, wirkt Kollecks Index, der sich allein auf das Zählen von Pro- und Contra-Stimmen sowie die Zahl der Quellennennungen beschränkt, unterkomplex. Dies erstaunt vor allem deshalb ein wenig, da im Gegensatz dazu die elaborierte Herleitung der verschiedenen Bedingungsfaktoren, deren methodische Verknüpfung und am auffälligsten die profunde statistische Auswertung und Darstellung der entscheidenden Einflussgrößen auf die Diskussionsqualität eine deutlich höhere Tiefenschärfe aufweisen und die analytischen Fähigkeiten der Autorin betonen.

*Die hohe Anschlussfähigkeit
der Arbeit an die Praxis
basiert auf der klar
strukturierten Vorgehensweise.*

In der Zusammenschau aller Prädiktoren tragen in den knapp 2.000 analysierten Kommentaren aus 129 Diskussionen vor allem der Bezug zum verhandelten Thema und in allererster Linie die Qualität der Diskussionsvorlage zu einem Gelingen des Diskurses bei (S. 142ff.). Während sich in der Befragung zeigt, dass es zwischen den Teilnehmer_innen der drei untersuchten Beteiligungsverfahren weder im Hinblick auf ihre Motivationsgründe noch hinsichtlich ihres soziodemographischen Profils nennenswerte Unterschiede gibt, verweisen sowohl die Antworten der befragten Bürger_innen als auch die Erkenntnisse aus den qualitativen Interviews mit den Organisator_innen der Partizipationsinstrumente auf die Relevanz der Gestaltung der Verfahren selbst. Am Ende sind es vor allen anderen Faktoren also die Verfahrensregeln, Moderationspraktiken und Steuerungsmechanismen auf den Internetplattformen, die das Ge-

oder Misslingen von diskursiven Meinungsbildungsprozessen am stärksten beeinflussen (S. 237). Im Gesamtergebnis schneidet dabei das Angebot des Bundestages zur Einreichung von E-Petitionen nicht nur mit Blick auf die Qualität der Diskussion, sondern auch auf die Zufriedenheit seiner Nutzer_innen deutlich besser ab als die beiden Verfahren zur Beteiligung der Bürger_innen an den Haushaltsentwürfen der Städte Frankfurt/Main und Köln (S. 137 und 232ff.).

Festzuhalten bleibt, dass hohe Zugangshürden sowie ein strenges Moderationskonzept den Grad der Diskursqualität und die Zustimmungswerte der Beteiligten steigern. Ist eine Debatte gelungen, sind Eingaben gut vorselektiert und inhaltlich moderiert, begünstigt das zudem die Chance einer Übernahme der Bürgervorschläge in den institutionalisierten Entscheidungsprozess der Politik, was jedoch wiederum einer maximalen partizipativen Offenheit an der Schnittstelle zu den Bürger_innen konträr gegenübersteht (S. 245ff.). Am Ende bleibt – immerhin in diesem Fall evidenzbasiert – eine gewisse Ernüchterung zurück und die Frage, wie sich der Wertekonflikt auflösen lässt, dass eine große Offenheit der Verfahren als eine der Maximen der Deliberation nun aber qualitätsvolle Partizipation gerade zu verhindern scheint.

Tanja Evers, Eichstätt



Jan Krone/Andreas Gebesmair (Hg.): Zur Ökonomie gemeinwohlorientierter Medien. Massenkommunikation in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Baden-Baden: Nomos 2019, 296 Seiten, 59,00 Euro.

Es sei vorweggeschickt: Ich hatte hochgesteckte Erwartungen an den vorliegenden Band und erhoffte mir Erkenntnisse, wie sich Gemeinwohlorientierung angesichts der Digitalisierung und des von ihr diktierten Veränderungstempos neu bestimmen lässt. Sprich: Was ist, komplementär zu privatwirtschaftlichen Medienangeboten, wirklich fürs Gemeinwohl essentiell und im Blick auf eine angemessene Verwendung öffentlicher Mittel wünschenswert? Was ist angesichts der ubiquitären Verfügbarkeit öffentlich-rechtlicher Programmangebote und ihrer häufigen Austauschbarkeit möglicherweise überflüssig? Welche neuen Möglichkeiten gibt es, den Public Value von Medienangeboten zu bestimmen und vielleicht ja auch international zu vergleichen?